
Wirtschaftsräumliche Ungleichheiten in Deutschland

*Inwieweit verändern sie sich im Zuge der
Wirtschafts- und Finanzkrise nach 2007?*

MICHAEL MIESSNER

Über die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise, die zunächst am US-amerikanischen Immobilienmarkt zutage trat, ist mittlerweile viel geschrieben worden. Für den europäischen Kontext stehen in der wissenschaftlichen Diskussion dabei die Auswirkungen auf die Europäische Union und die politische Verarbeitung der Krise in der EU im Fokus der Analysen. Deutlich geworden ist, dass die EU-Staaten ganz unterschiedlich von der Krise getroffen wurden. Während europäische Zentrumsökonomien wie Deutschland, Großbritannien und Schweden die Wirtschaftskrise vergleichsweise gut verkraftet haben, sind die europäischen Peripherien im Süden, Südosten und Osten sehr stark von der Krise betroffen (vgl. Becker 2012, Becker/Jäger 2009, Hadjimichalis 2011, Schmidt-Seiwert 2011). Das Wirtschaftswachstum in den Staaten des Zentrums ging zwar zunächst stark zurück. Seit 2009 konnten die Einbrüche jedoch wieder wettgemacht werden (vgl. Schmidt-Seiwert 2011). Anders verhält es sich an den Peripherien. Hier konnte sich zum Teil nur ein geringes Wachstum einstellen (Italien, Litauen, Portugal, Spanien), andere Länder wie Griechenland oder Irland sind noch immer von wirtschaftlicher Stagnation geprägt (vgl. ebd.). Ähnlich verhält es sich mit der Staatsverschuldung. Auch hier haben die großen Zentrumsökonomien recht wenige Probleme, während insbesondere Griechenland auf internationale Kredithilfen angewiesen ist, die an die Durchführung von Austeritätsmaßnahmen geknüpft sind (vgl. Hadjimichalis 2011).

Diese unterschiedlichen Krisenbetroffenheiten sind in der jeweiligen politisch-ökonomischen Situation eines Landes, aber auch in den bestehenden Ungleichgewichten innerhalb der EU begründet. Letztere haben sich mit den verschiedenen Erweiterungen der EU und insbesondere mit der Einführung des Euro verfestigt (vgl. Becker/Jäger 2009, Hadjimichalis 2011). Der Beitritt zur EU und die Einführung des Euro haben den Staaten wichtige Instrumente genommen, um auf konjunkturelle Schwankungen zu reagieren. Mit dem EU-Beitritt können die Staaten zwar ohne Beschränkungen innerhalb der EU Handel treiben, vor allem Produkte im- und exportieren. Gleichzeitig geben sie damit jedoch die Möglichkeit auf, Schutzzölle über den Import von Produkten zu verhängen, um wichtige Industriezweige gegen ausländische Konkurrenz zu schützen (vgl. Lehndorff 2012). Mit der Euro-Einführung haben die Länder auch eine eigenständige Geldpolitik und folglich die Möglichkeit aufgegeben, mittels Auf- oder Abwertung der Währung die eigene Wirtschaft zu unterstützen. Dies wäre insbesondere für Länder wichtig, deren Wirtschaft auf exportorientierte Massenproduktion ausgerichtet ist, weil ihnen eine Unterbewertung der eigenen Währung einen Wettbewerbsvorteil gegenüber

anderen Staaten und damit eine Unterstützung des industriellen Wachstums ermöglichen kann. Durch den Beitritt zur EU und die spätere Euro-Einführung wurde den Mitgliedstaaten der EU jedoch die Möglichkeit einer eigenständigen Konjunkturpolitik mehr oder weniger genommen und die bestehenden Ungleichgewichte innerhalb Europas vertieft (vgl. Becker 2012).

Gleichzeitig sind die Länder der EU auf verschiedene Weise voneinander abhängig. Exportorientierten Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland (BRD) stehen Importnationen in Südeuropa wie bspw. Griechenland gegenüber. Gleichzeitig ist die BRD eines der größten Exportländer von Kapital, das, wie im Fall Griechenland, in den anderen Ländern auch dafür eingesetzt werden kann, deutsche Produkte zu kaufen (vgl. ebd.). Dies hat eine doppelte Abhängigkeit zur Folge: Griechenland importiert zum einen (etwa deutsche) Produkte. Um diesen Import jedoch bezahlen zu können, ist das Land auf (deutsche) Kredite angewiesen.

Diese Ungleichheiten werden durch die aktuelle Krisenpolitik der EU unter dem maßgeblichen Einfluss Deutschlands noch verstärkt (vgl. Lehndorff 2012). Die Austeritätspolitischen Auflagen, unter denen Kredite an Länder wie Griechenland vergeben werden, schränken deren konjunkturpolitischen Handlungsspielraum weiter ein und dämpfen zusätzlich die Binnennachfrage. Damit bleiben einerseits die bestehenden Abhängigkeiten innerhalb der EU bestehen, andererseits werden die existierenden regionalen Ungleichheiten zusätzlich verstärkt.

Hintergrund dieser Entwicklungen ist die grundlegende Krisenhaftigkeit des finanzdominierten Akkumulationsregimes, das die westlichen Länder seit der Krise des Fordismus mehr und mehr prägt (vgl. Demirovic/Sablowski 2012). Konstatiert wird damit eine «neuartige Dominanz des Finanzkapitals und vor allem das wachsende Gewicht des fiktiven Kapitals» (Sablowski 2011: 51, vgl. Zeller 2011). Serfati weist auf zwei unterschiedliche Dimensionen des Finanzkapitals hin. Zum einen bezeichnet er «damit ein Ensemble von Organisationen ... das nach nationalen und internationalen Statistikstandards als institutioneller Finanzsektor gilt» (Serfati 2012: 533). Zum anderen zeichnet sich das Finanzkapital «durch die besondere Eigenschaft des Geldes aus, daraus mehr Geld machen zu können, und zwar dann, wenn dieses Kapital als Bankkredit oder als Anleihe oder auch als Erwerb eines Eigentumstitels (Aktien, Rechte am Eigentum) auftritt» (ebd.). Im zweiten Fall wird die enge Verbindung zwischen Finanz- und Industriekapital deutlich, das Finanzkapital agiert sehr häufig als Geldgeber für industrielle Unternehmen und ist somit entweder Kreditgeber oder Anteilseigner und hat auf diese Weise Einfluss auf die Entscheidungen von Industrieunternehmen (vgl. Kädtler 2012). Insofern überschneiden sich die Interessen von Industrie- und Finanzkapital teilweise, zum Teil widersprechen sie sich. Diese dem finanzdominierten Akkumulationsregime inhärenten Widersprüche kennzeichnen auch die europäische Krisenpolitik. Insbesondere die zum Teil unterschiedlichen Interessen von Finanz- und Industriekapital prägen die aktuelle Krisenpolitik (vgl. Demirovic/Sablowski 2012, Heinrich 2014). Genau dies führt dazu, dass der «exportorientierte Block um die deutsche Ökonomie» sowie die «hochgradig finanziarisierte[n] und importabhängige[n] Ökonomien in Südeuropa sowie, seit den 1990er Jahren, auch in Südosteuropa und den baltischen Ländern» (Becker 2012: 467) teils gegensätzliche Interessen verfolgen.

Im folgenden soll gezeigt werden, dass die bestehenden Ungleichheiten im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht nur im europäischen Maßstab reproduziert, sondern innerhalb der BRD auch auf regionaler Maßstabsebene verfestigt werden. Dabei wird der Frage nachgegangen, ob im Zuge der jüngsten Wirtschaftskrise und vor dem Hintergrund der konstatierten Bedeutungszunahme des Finanzkapitals Verschiebungen in den wirtschaftsräumlichen Ungleichheiten nachgewiesen werden können. Dies wäre zumindest zu erwarten, da das exportorientierte Wachstumsmodell der BRD und damit verbunden auch die dazugehörige räumliche Wirtschaftsstruktur aufgrund der Weltwirtschaftskrise nach 2007 zumindest kurzfristig in Frage gestellt wurden. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung des Finanzkapitals (Finanzialisierung) wäre außerdem zu erwarten, dass genau jene Regionen, die sehr stark vom Finanzkapital abhängig sind, besonders hart von der Krise getroffen wurden. Eine solche Untersuchung der zunehmenden Finanzialisierung, die sich in der BRD zum einen in einer wachsenden Bedeutung von Finanzdienstleistungen (vgl. Klage 2010, Klage/Peter 2011), zum anderen in der immer stärkeren Verknüpfung von Finanzkapital und Industriekapital niederschlägt (Kädler 2012, Scheuplein 2012, 2013), steht allerdings vor einem methodischen Problem: Als Indiz für die zunehmende Bedeutung von Finanzdienstleistungen können die Beschäftigungsdaten in diesem Sektor herangezogen werden. Die Verknüpfung von Finanzkapital und Industriekapital und deren räumliche Implikationen sind hingegen nur über Einzelfallstudien erfassbar, wie sie bspw. Christoph Scheuplein unternommen hat (Scheuplein 2012, 2013). Deshalb soll dieser Aufsatz erste Indizien dafür liefern, dass eine genauere Erforschung der zunehmenden Finanzialisierung von Regionalentwicklung notwendig ist.

Im folgenden wird die regionale Entwicklung in der BRD, der bisherigen «Gewinnerin» der jüngsten Krise innerhalb Europas, näher betrachtet. Zunächst wird die wirtschaftliche und regionale Struktur der BRD, insbesondere hinsichtlich der Bedeutung des Industrie- und des Finanzkapitals, erläutert (Abschnitt 1). Darauf folgt die Analyse der regionalen Krisenbetroffenheiten unmittelbar nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2007 (Abschnitt 2). Anschließend wird gezeigt, welche räumlichen Entwicklungen in Deutschland mit dem erneuten Wachstum der Weltwirtschaft ab 2010 verbunden waren (Abschnitt 3). Im Anschluss werden die Ergebnisse in einem Fazit zusammengefasst (Abschnitt 4).

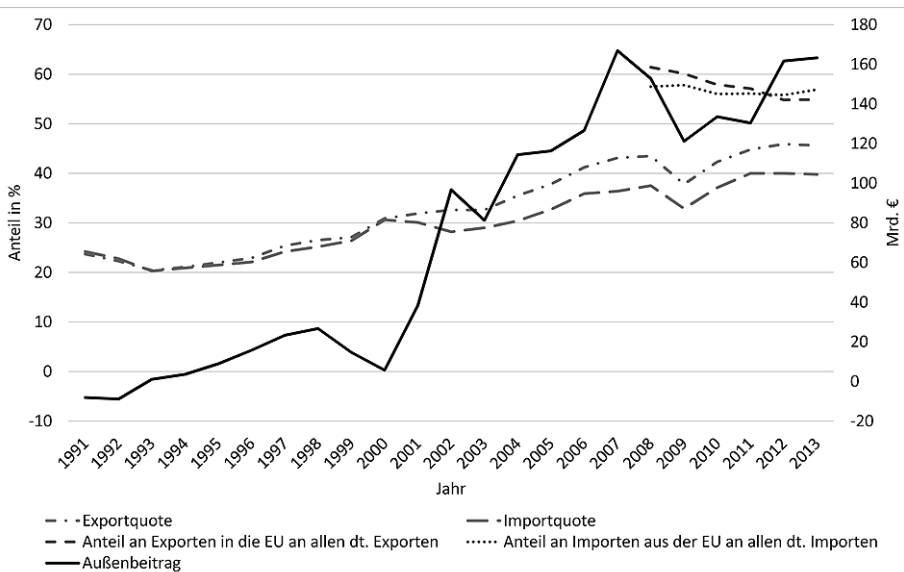
1. Wirtschaftliche und regionale Struktur der BRD

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD beruht stark auf einem exportorientierten Wachstumsmodell (vgl. Becker/Jäger 2009, Becker 2012: 467, Heinrich 2014: 241), das zusätzlich dadurch gekennzeichnet ist, dass der Grad der Finanzialisierung in den letzten zwanzig Jahren angestiegen ist. Dies wird auch daran deutlich, dass die Industrieproduktion in der BRD im Gegensatz zu anderen «hochentwickelten» Staaten noch immer eine sehr große Rolle spielt. So betrug der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung im Jahr 2010 21%, in Frankreich und Großbritannien waren es hingegen rund 11% und in den USA 13% (Grotz 2012: 30). Trotzdem ist seit mehr als zwei Jahrzehnten ein starker Bedeutungsgewinn des Dienstleistungssektors zu verzeichnen (Kulke 2010: 7). So

lag der Anteil der Dienstleistungen an der Bruttowertschöpfung im Jahr 2012 bereits bei über 68% (Statistisches Bundesamt/WZB 2013: 96). Dies ist jedoch zu einem guten Teil auf die Ausgliederung von vormals betriebsinternen Dienstleistungen an spezialisierte externe Dienstleister zurückzuführen (Kulke 2010: 7f.).

Die BRD hat ihren Status als Exportweltmeisterin zwar 2009 verloren, liegt mit einem Anteil von 10,4% der weltweiten Exporte im verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2012 aber noch vor den USA (9,6%) und nur hinter China (16,8%; IDW 2015: 32). Dagegen ist der Export von Dienstleistungen mit 5,9% der weltweiten Exporte vergleichsweise gering (vgl. ebd.). Die starke Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Export wird in Abbildung 1 deutlich. Seit dem Jahr 2000 ist nicht nur der Außenbeitrag (Export-Import) stark gestiegen (2000: 5,7 Mrd. Euro, 2013: 163,3 Mrd. Euro), auch die Exportquote (Anteil des Exportes am Bruttoinlandsprodukt) erhöhte sich von rund 30% auf jetzt mehr als 45% und liegt seitdem permanent über der Importquote. Der sinkende Anteil der Exporte in die EU an den deutschen Exporten von über 61% auf mittlerweile rund 54% macht überdies deutlich, dass die deutsche Wirtschaft sich zunehmend außereuropäische Absatzmärkte – vor allem in Asien – erschließt.

Abb. 1: Entwicklung von Import und Export der BRD



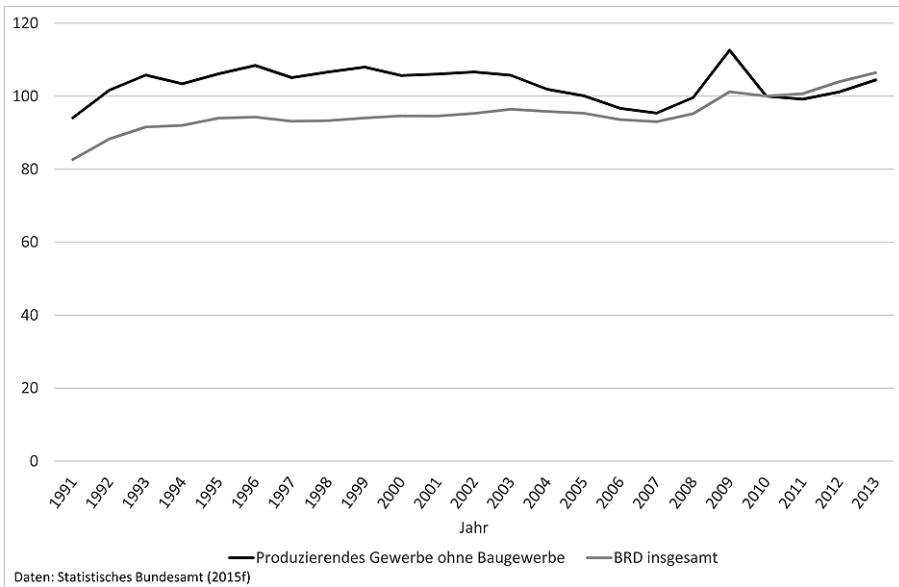
Daten: Statistisches Bundesamt (2015a, 2015b, 2015c)

Die langjährigen deutschen Exporterfolge beruhen vor allem auf einer «hohen Spezialisierung und Produktqualität, der Serviceorientierung der Unternehmen und der Flexibilität und Qualifikation der Beschäftigten» (Lehndorff 2012: 16). Bereits 2001 waren 51,3% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in wissensintensiven Industrien angestellt (Diez 2010: 190). Der Befund, dass die deutsche Industrie hochspezialisiert ist, wird auch anhand der Technologieintensität deutscher Exporte deutlich. Im «Medium-

Hightech»-Export ist die BRD mit 15,7% des Weltexportaufkommens Spitzenreiterin, im «Hightech»-Bereich haben nur die USA (13,2 %) einen größeren Anteil am Weltexport als die BRD (9,4%; IDW 2015: 36). Dies liegt daran, dass Maschinen- und Automobilbau, in denen die BRD traditionell sehr stark ist, zum «Medium-Hightech»-Bereich zählen.

Durch die Agenda-2010- und die Hartz-Reformen der rot-grünen Bundesregierung ab 2003 wurden diese «produktbezogenen Stärken massiv durch eine Senkung der Lohnstückkosten im Verhältnis zu den übrigen EU-Ländern ergänzt» (Lehndorff 2012: 16). Die Senkung der Lohnstückkosten schlug sich dabei im verarbeitenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) stärker nieder als in der BRD insgesamt (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Entwicklung der Lohnstückkosten pro Kopf im verarbeitenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) und in der BRD insgesamt (2010 = 100)



Die wirtschaftliche Konzentration auf eine hoch spezialisierte Industrieproduktion macht sich auch räumlich bemerkbar (vgl. Abb. 3). Für die Industriestandorte kann ein deutliches Süd-Nord- sowie West-Ost-Gefälle ausgemacht werden (Grotz 2012: 33). In Baden-Württemberg und Bayern haben mit Daimler-Benz, BMW, Audi, Porsche, Siemens, Bosch und MAN besonders exportstarke Unternehmen ihren Sitz (vgl. Fuchs 2010: 170, Grotz 2012: 33). Hinzu kommen «viele namentlich kaum benannte kleine und mittelgroße Firmen, die auf ihrem Spezialgebiet Weltgeltung besitzen» und aus diesen beiden Bundesländern stammen (Grotz 2012: 33). Das Ruhrgebiet, einst Kernland der deutschen Industriewirtschaft, hat hingegen seit den 1980er Jahren aufgrund der Strukturkrise der Kohle- und Stahlindustrie stark an Bedeutung verloren (ebd.). Eine weitere Industrieregion ist Wolfsburg-Hannover, in der ebenfalls Teile der Automobilindustrie ansässig sind (vgl. Fuchs 2010: 170). Im Süden Ostdeutschlands finden sich mittlerweile

wieder Automobilindustriebetriebe (Chemnitz, Dresden, Eisenach, Leipzig und Zwickau-Mosel; Grotz 2012: 33). Aber auch in anderen ostdeutschen Regionen sind wissensintensive Industriebetriebe angesiedelt: in Jena die optische und elektronische Industrie, in Dresden Halbleiter- und Photovoltaikindustrie, in Erfurt und Freiberg nur Photovoltaik (ebd.). In Abbildung 4 wird deutlich, dass die Industrieregionen sehr stark vom Export abhängig sind; teilweise werden mehr als 50% der Umsätze im sekundären Sektor durch den Export erzielt.

Abb. 3: Bruttowertschöpfung pro Kopf 2007 in den Landkreisen und kreisfreien Städten der BRD

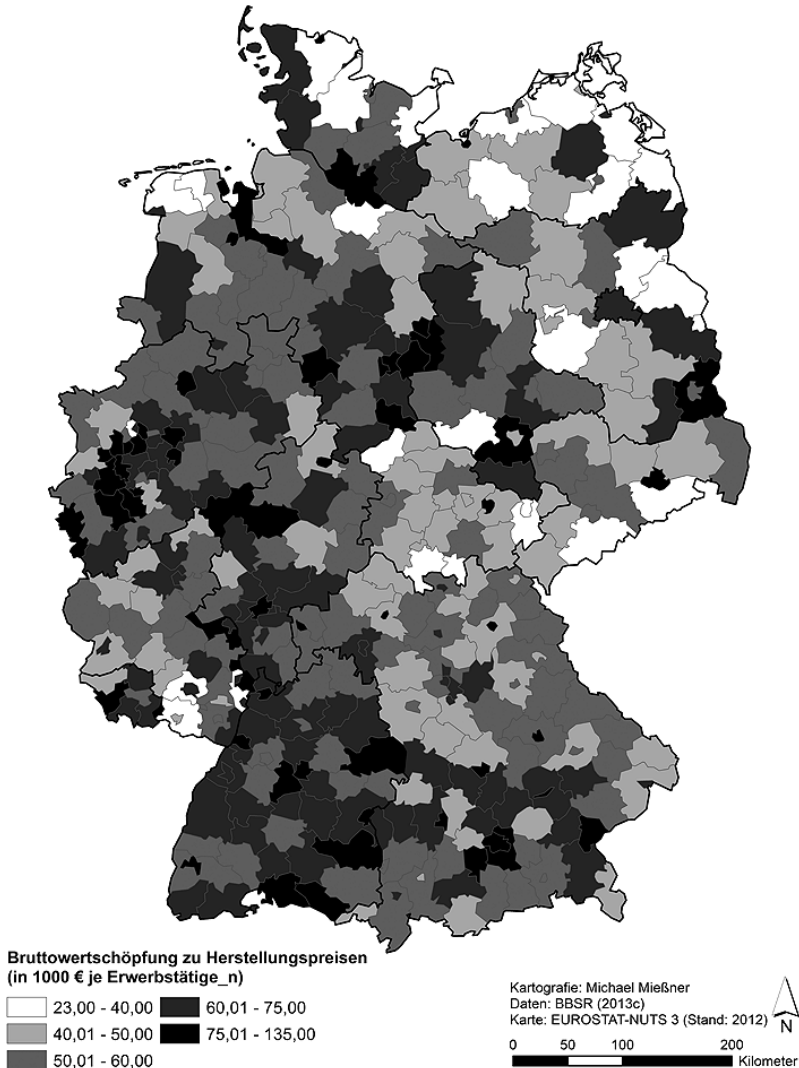
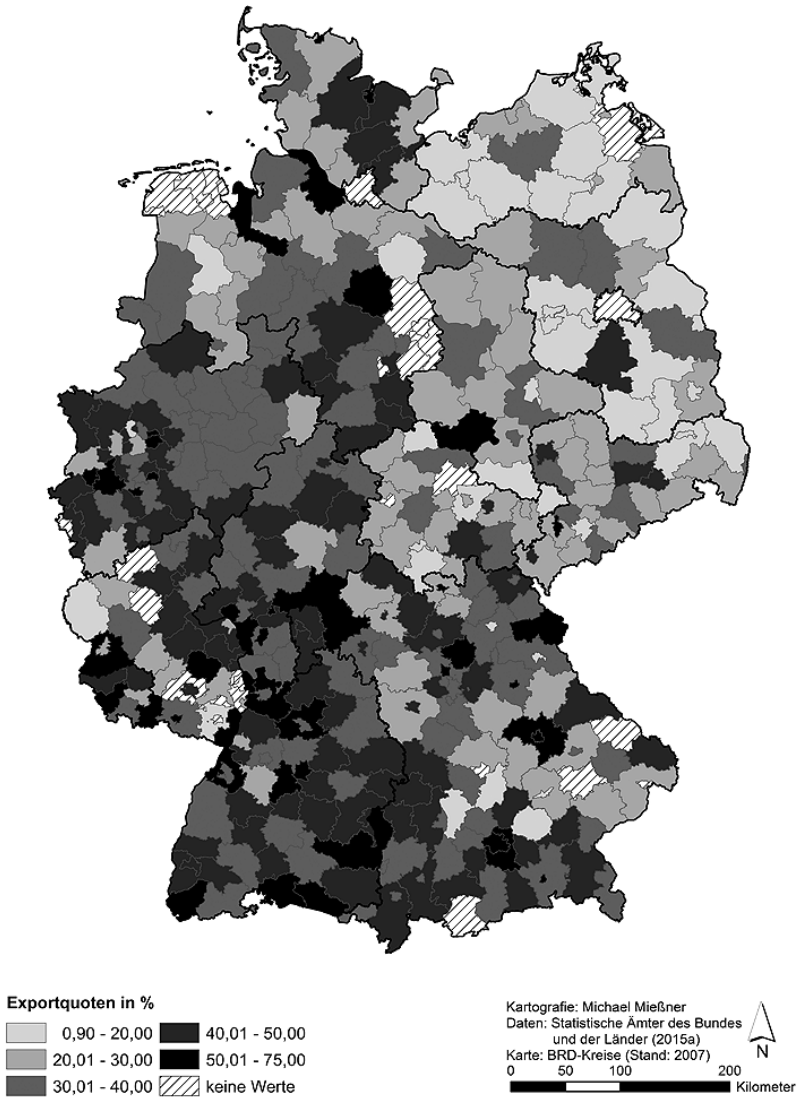


Abb. 4: Exportquoten im sekundären Sektor 2007 in den Landkreisen und kreisfreien Städten der BRD



Diese räumliche Verteilung der Industrieproduktion spiegelt sich auch in Abbildung 5 wider, sie zeigt die regionale Verteilung des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf im Jahr 2007. Sie wird durch die zunehmende Bedeutung der Finanzdienstleistungen für die regionalwirtschaftliche Entwicklung im Rahmen des finanzdominierten Akkumulationsregimes noch verstärkt (Abb. 6, vgl. auch Klage/Peter 2011: 203, Klage 2010: 394). Die Agglomerationsräume um Hamburg, Frankfurt am Main, München und die Rheinschiene (Düsseldorf/Köln/Bonn), die durch eine starke Dienstleistungsorientierung, ins-

besondere auf Finanzdienstleistungen, geprägt sind, treten bei der regionalen Verteilung des BIP recht stark hervor. Die Region in und um Frankfurt am Main ragt dabei als wichtigstes deutsches Zentrum der Finanzwirtschaft heraus. Es muss betont werden, dass mit diesem Indikator nur eine Dimension der Finanzialisierung der Wirtschaft (vgl. Serfati 2012: 533), nämlich die Bedeutungszunahme der Finanzdienstleistungen ermittelt werden kann, nicht jedoch die Bedeutungszunahme des Finanzkapitals bei der Finanzierung industrieller Produktion.

Dieses großräumige Disparitätenmuster wird durch ein Stadt-Land-Gefälle überlagert, wie insbesondere an den kreisfreien Städten und ihrem Umland erkennbar ist (vgl. auch Liefner 2010). In Abbildung 5 wird außerdem das weiterhin bestehende starke West-Ost-Gefälle deutlich, das beim Indikator Arbeitslosigkeit noch stärker hervortritt (vgl. die Karte bei Suwala 2010: 56).

Abb. 5: BIP pro Kopf 2007 in den Landkreisen und kreisfreien Städten der BRD

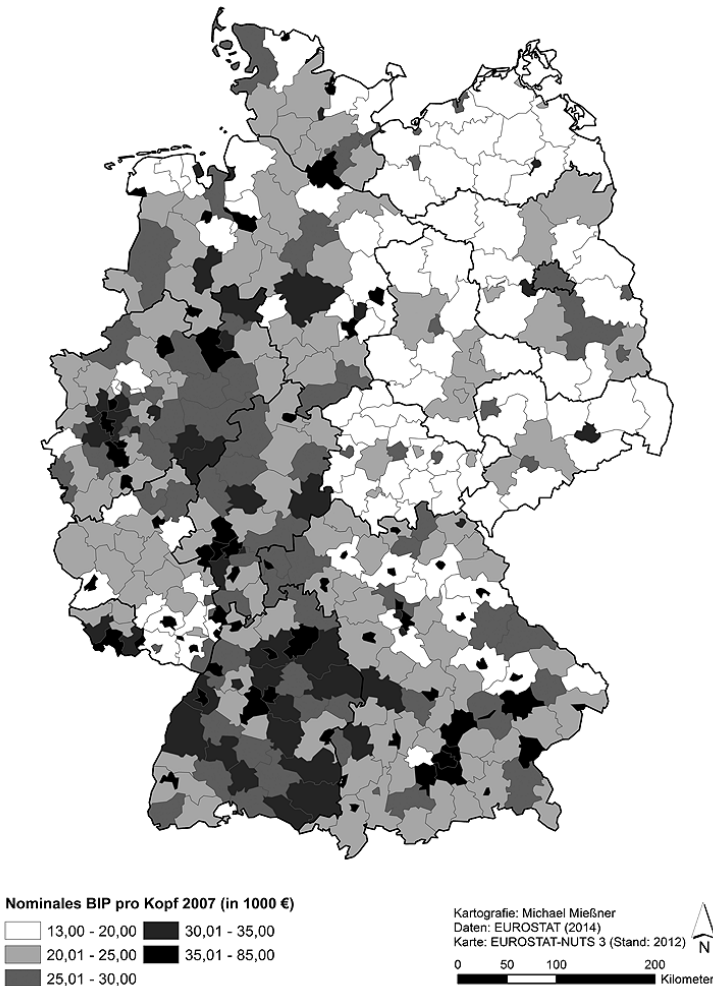
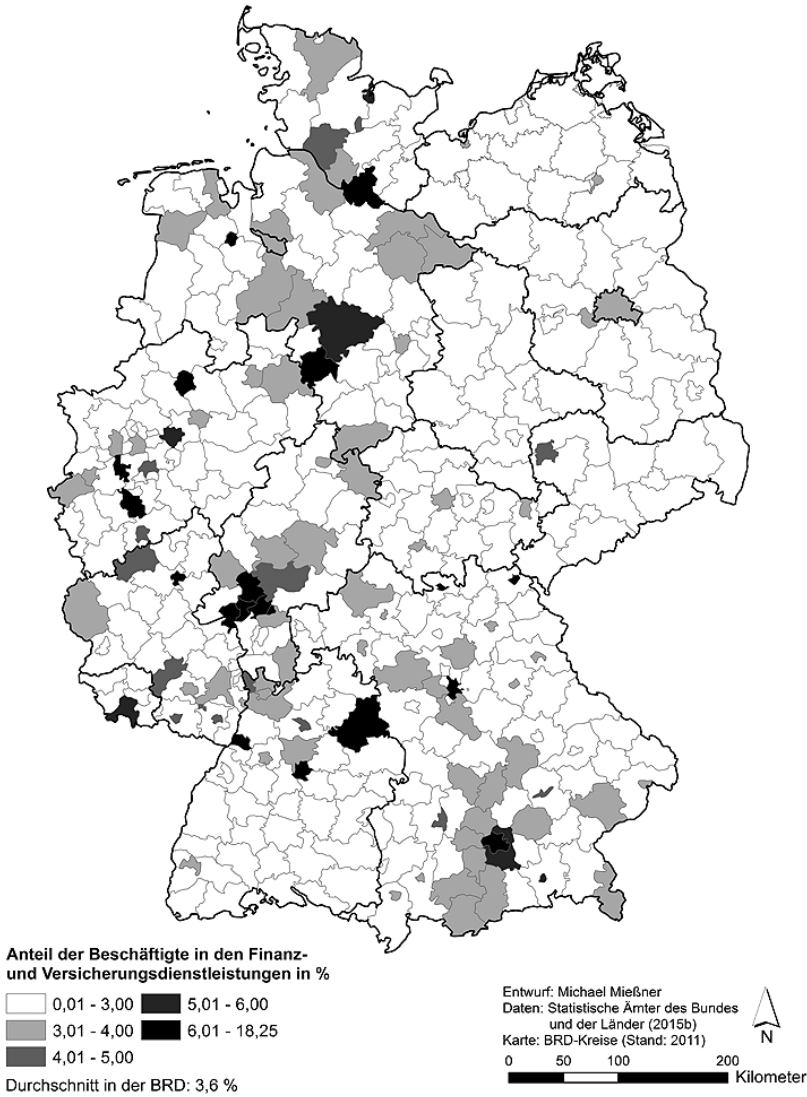


Abb. 6: Anteil der Beschäftigten in den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen an den Gesamtbeschäftigten am 30. Juni 2008



2. Regionale Entwicklung der BRD in der Krise (2007–2009)

Die BRD wurde von der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise zu Beginn vergleichsweise hart getroffen. Das Bruttoinlandsprodukt sank 2009 preisbereinigt gegenüber dem Vorjahr um mehr als 5% (Statistisches Bundesamt/WZB 2013: 94), der Export ging gar um mehr als 18% zurück (eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt 2014).

Der Exportsektor war damit der Hauptansteckungskanal, über den die deutsche Wirtschaft von der Krise getroffen wurde (vgl. Ad-hoc-Arbeitskreis «Wirtschaftskrise und Regionalentwicklung» 2010: 7, Becker/Jäger 2009: 548). Dies ist wenig verwunderlich, gerieten doch alle wichtigen Volkswirtschaften nahezu gleichzeitig in die Krise – ein Novum in der Geschichte (vgl. Candeias 2009: 10). Folglich waren zwischen dem zweiten Quartal 2007 und dem zweiten Quartal 2009 in fast allen industriellen Wirtschaftszweigen starke Umsatzrückgänge zu verzeichnen (vgl. Ad-hoc-Arbeitskreis «Wirtschaftskrise und Regionalentwicklung» 2010: 3f.).¹

Abb.7: Entwicklung des nominalen BIP pro Kopf in den Landkreisen und kreisfreien Städten der BRD zwischen 2007 und 2009

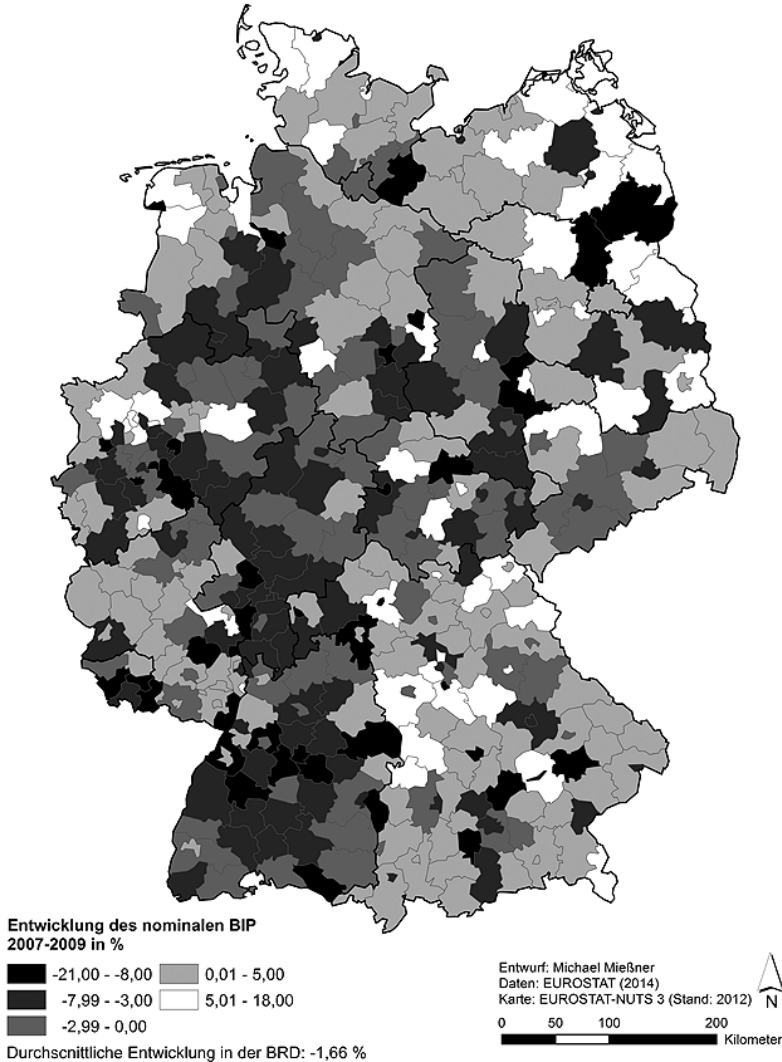


Abbildung 7 stellt dar, wie stark sich die Wirtschaftskrise in den einzelnen Regionen Deutschlands niedergeschlagen hat. Auffällig ist, dass Baden-Württemberg und Hessen sowie Niedersachsen nahezu flächendeckend von einem Wirtschaftsrückgang gekennzeichnet waren. Hingegen hatten Schleswig-Holstein, die ländlich-peripheren Regionen Niedersachsens, Nordrhein-Westfalens sowie Bayerns, einige Gebiete von Rheinland-Pfalz und weite Teile Ostdeutschlands leichte nominale BIP-Zuwächse zu verzeichnen – allerdings auf der Grundlage eines fast ausnahmslos unterdurchschnittlichen Ausgangsniveaus (vgl. Abb. 5). Die Zuwächse reichten selten aus, um die Inflation (2008: 2,6%, 2009: 0,3%; Statistisches Bundesamt 2015e) auszugleichen. Diese Gebiete stagnierten also insgesamt.

Die vormals wachstumsstarken Regionen in Baden-Württemberg, entlang der Rheinschiene sowie um München, aber auch im Saarland und einigen anderen Regionen, die stärker von exportorientierten (High-Tech-)Industrien geprägt sind, traf die Wirtschaftskrise (2007/2009) wesentlich stärker als Regionen, in denen dieser Sektor eine nicht so entscheidende Bedeutung hat. Während das BIP pro Kopf in der BRD von 30 513 Euro im Jahr 2007 um 1,66% auf 30 005 Euro im Jahr 2009 sank (Statistisches Bundesamt 2015d), ging es bspw. in Stuttgart von 64 700 Euro um 14,2% zurück, in Leverkusen von 40 500 Euro um 13,8%, in Köln von 46 900 Euro um 4,9% und in München von 55 300 Euro um 5,4%. Aber auch im norddeutschen Bremen (-8,1%) und Emden (-13,0%) sowie in den ostdeutschen Städten Dresden (-7,5%) und Jena (-5,9%) sank das BIP beträchtlich. Diese Regionen zeichnen sich durch eine sehr hohe Wertschöpfung im sekundären Sektor von mehr als 60 000 Euro je Erwerbsperson sowie eine starke Exportorientierung von mehr als 50% in diesem Sektor aus.

Zusätzlich kann die regionale Krisenbetroffenheit mit einer größeren Bedeutung der Finanzdienstleistungen in den einzelnen Regionen erklärt werden. Als Indikator kann hier die Beschäftigung in den Finanzdienstleistungen herangezogen werden. Die von der Krise besonders stark getroffenen Landkreise haben nicht nur eine hohe Exportorientierung vorzuweisen, sondern auch einen vergleichsweise hohen Anteil an Beschäftigten in der Finanzwirtschaft (vgl. Abb. 6). Dies gilt insbesondere für die Region um Frankfurt am Main und die Städte Karlsruhe, München und Stuttgart. Es ist also davon auszugehen, dass die stärkere Bedeutung der Finanzdienstleistungen in einer Region bzw. in der regionalen Wertschöpfung die jüngste Krise regional verstärkte. Christoph Scheuplein hat darüber hinaus gezeigt, dass Unternehmensübernahmen der außerbörslichen Kapitalbeteiligungsgesellschaften (*Private Equity*-Gesellschaften) – allerdings im Jahr 2012, als die Krise in der BRD schon überstanden war – in ihrer räumlichen Struktur den industriellen Schwerpunkträumen folgten (vgl. Scheuplein 2013: 206f.). Dieser Befund ist auch deshalb wenig verwunderlich, weil zum großen Teil Unternehmen der «exportstarken Industriebranchen (u. a. Maschinenbau, Automobil, Elektro, Chemie)» übernommen wurden (ebd.). Durchgeführt wurden die Unternehmensübernahmen von *Private Equity*-Gesellschaften (PEG), die ihren Firmensitz überwiegend in Frankfurt, München und London haben. Die beiden deutschen Standorte sind wiederum als Zweigstellen für britische und US-amerikanische PEG bekannt, weshalb Scheuplein ihnen eine «Brückenkopf-Funktion für PEG aus dem angelsächsischen Raum» zuspricht (ebd.: 212).

Für die Übernahme von Betrieben der Automobilzulieferindustrie konnte Scheuplein

in einer weiteren Studie zeigen, dass im Zuge der Wirtschaftskrise die Insolvenzrate unter den von PEG übernommenen Zulieferern wesentlich höher war als in Unternehmen mit anderen Eigentümern (Scheuplein 2012: 58). Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die für den Kauf der Unternehmen aufgenommenen Kredite auf die übernommenen Betriebe abgewälzt und dadurch die finanzielle Situation dieser Betriebe destabilisiert wurde (vgl. ebd.: 56). Zum anderen liegt die höhere Insolvenzrate darin begründet, dass die in der Wertschöpfungskette am oberen Ende stehenden Unternehmen (*Original Equipment Manufacturer*) die Zulieferer unterstützten (bspw. durch Vorkasse bei Warenlieferung), die nicht in der Hand von PEG waren (ebd.: 60). Auch für die von den PEG übernommenen Automobilzulieferer zeigen sich räumliche Schwerpunkte in den typischen Zuliefererregionen Bayerns, Baden-Württembergs und Nordrhein-Westfalens (ebd.: 54).

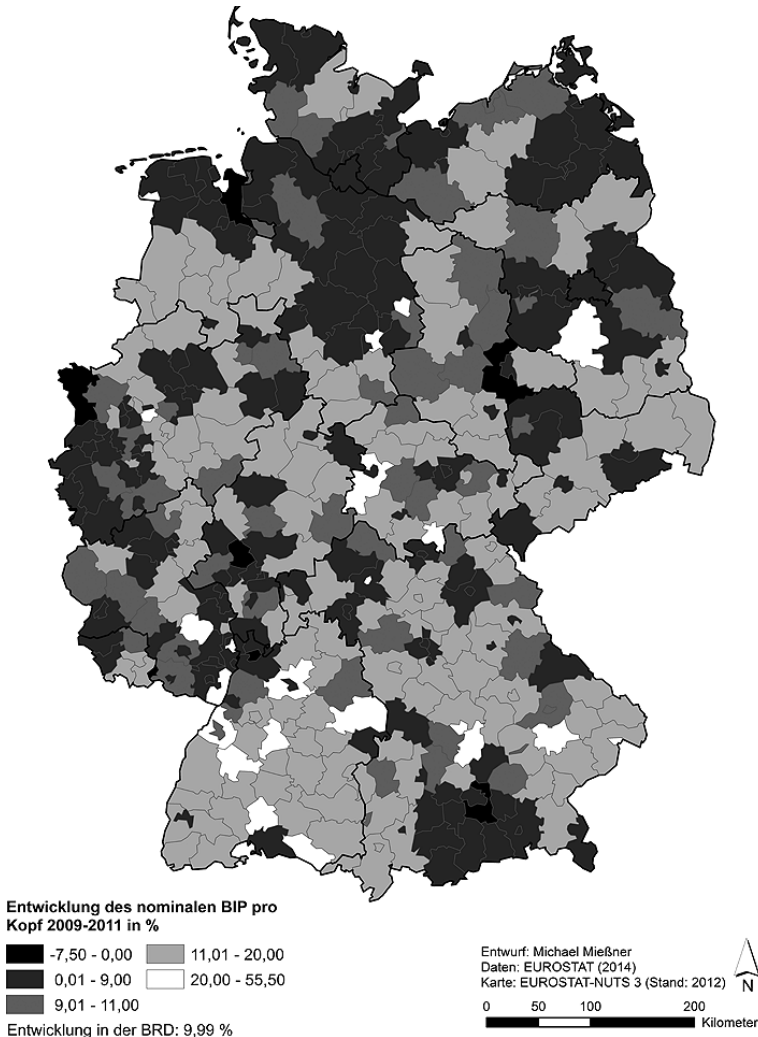
Die Befunde Scheupleins stützen zusammen mit der regionalen Bedeutungszunahme von Finanzdienstleistungen die These, dass eine stärkere Finanzialisierung der Regionalwirtschaft die regionale Krisenbetroffenheit akzentuiert. Die über die Exportwirtschaft vermittelten Krisenbetroffenheiten in der BRD werden durch die Finanzialisierung einer Region verstärkt. Beispielsweise sank das BIP pro Kopf im Rhein-Main-Gebiet zwischen 2007 und 2009 im Landkreis Hochtaunus um 12,3%, im Landkreis Groß-Gerau um 11,7% und in Frankfurt am Main um immerhin 3,6%. Doch auch entlang der Rheinschiene waren außer in Köln und Leverkusen überdurchschnittliche Rückgänge im Wirtschaftswachstum zu verzeichnen, bspw. in Krefeld (-11,5%), in Duisburg (-4,8%) oder im Rhein-Erft-Kreis (-3,4%) (vgl. Abb. 7).

Aufgrund dieser spezifischen ökonomischen Ausrichtung hat die Wirtschaftskrise zunächst die wirtschaftsstarken Regionen stärker getroffen, während die Entwicklung in den strukturschwächeren Regionen auf vergleichsweise niedrigem Niveau voranschritt. Deshalb wird in der wissenschaftlichen Literatur betont, dass «die Wirtschaftskrise mit hin kurzfristig eine räumlich nivellierende Tendenz zur Folge» hatte (Ad-hoc-Arbeitskreis «Wirtschaftskrise und Regionalentwicklung» 2010: 7, vgl. auch Schwengler/Hecht 2011, Schwengler/Loibl 2010, Wood 2011). Dies wird insbesondere im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit deutlich. Im Jahr 2005 lag der Variationskoeffizient für die Arbeitslosenquote auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte noch bei 0,42 und stieg bis ins Jahr 2008 auf 0,52, fiel im folgenden Jahr auf 0,45 und hielt diesen Wert auch im Jahr 2009 (eigene Berechnungen nach BBSR 2013a). Das bedeutet, dass die regionalen Ungleichheiten in bezug auf die Arbeitslosigkeit mit dem Kriseneinbruch abgenommen haben. Ähnlich verhielt sich die Entwicklung – wenn auch auf einem höheren statistischen Disparitätenniveau – für die Arbeitslosigkeit auf der Ebene der Gemeinden und Gemeindeverbände. Hier betrug der Variationskoeffizient im Jahr 2008 0,66 und sank im Jahr 2009 auf 0,57 (eigene Berechnungen nach BBSR 2013b).² Weniger deutlich schlug sich die Entwicklung der Disparitäten im BIP nieder. Der Variationskoeffizient sank hier zwischen 2007 und 2009 von 0,41 auf 0,39 (eigene Berechnungen nach EUROSTAT 2014).

3. Regionale Entwicklung der BRD seit 2009

Da sich die Weltwirtschaft ab der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder positiv entwickelte und im Jahr 2010 ein Wachstum von mehr als 4% verzeichnete (Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2010: 23), wies auch die exportorientierte Industrieproduktion in der BRD wieder ein Wachstum auf (ebd.: 24). Entsprechend wuchs auch das preisbereinigte BIP der BRD im Jahr 2010 um 4,2% gegenüber dem Vorjahr (Statistisches Bundesamt/WZB 2013: 94). In den darauffolgenden Jahren war das Wachstum jedoch wieder wesentlich schwächer. So wuchs das preisbereinigte BIP der BRD von 2010 bis 2014 lediglich um weitere 5,8% (Statistisches Bundesamt 2015d).

Abb.8: Entwicklung des nominalen BIP pro Kopf in den Landkreisen und kreisfreien Städten der BRD zwischen 2009 und 2011



In Abbildung 8 wird ersichtlich, dass zwischen 2009 und 2011 mit Ausnahme von sieben Regionen alle Landkreise ein Wachstum des nominalen BIP zu verzeichnen hatten. Allerdings weist ein Großteil der Landkreise ein im deutschlandweiten Vergleich unterdurchschnittliches Wachstum von weniger als 9% auf, was bedeutet, dass diese Landkreise nur geringfügig an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. Dies betrifft *erstens* viele Räume in Ost- und Norddeutschland sowie ländlich periphere Regionen im Norden und Osten Bayerns, im Süden von Rheinland-Pfalz und im Westen Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes. Diese Regionen sind fast ausnahmslos durch eine geringe allgemeine Wirtschaftsleistung (vgl. Abb. 5), insbesondere im sekundären Sektor gekennzeichnet (vgl. Abb. 3). Sie weisen eine geringe Exportquote im sekundären Sektor auf (vgl. Abb. 4) und haben die Wirtschaftskrise nach 2007 mit leichten Wachstumsraten des nominalen BIP überstanden (vgl. Abb. 7). Sie waren also aufgrund ihrer geringen Weltmarktintegration und ihrer geringen wirtschaftlichen Dynamik von der Wirtschaftskrise kaum betroffen, konnten ihre Position aber auch nach der Krise kaum verbessern und sind somit noch immer von wirtschaftlicher Stagnation oder unterdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum geprägt.

Zweitens gehören die wirtschaftsstarken und durch einen hohen Anteil an Finanzdienstleistungen geprägten Regionen um München und Hamburg, im Rhein-Main-Gebiet und entlang der Rheinschiene zu den Regionen mit einem unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum in den Jahren 2009 bis 2011 (vgl. Abb. 8). Darüber hinaus zeichnen sich diese Regionen durch eine im deutschlandweiten Vergleich starke Industrieproduktion mit Exportorientierung aus. Dass die exportorientierte Industrieproduktion trotz des weltweiten Aufschwungs in diesen Räumen nicht erneut zu einem überproportionalen Wachstum führt, deutet darauf hin, dass die Finanzdienstleistungen einen großen Einfluss auf die Entwicklung dieser Regionen haben. Der Eindruck relativiert sich jedoch, wenn die absoluten BIP-Steigerungen betrachtet werden. In München und Frankfurt stieg das BIP pro Kopf um 4300 Euro bzw. 3200 Euro, in Köln um 2400 Euro. In den Umlandregionen dieser Städte sind Steigerungen um mehr als 1000 Euro keine Seltenheit.

Baden-Württemberg ist fast ausschließlich durch überproportionales regionales Wachstum geprägt. Hier greift der exportorientierte industrielle Wachstumspfad bei gleichzeitig geringerer Bedeutung von Finanzdienstleistungen als in den Regionen München, Rhein-Main oder entlang der Rheinschiene. Die Wachstumsraten des nominalen BIP sind hier häufig größer als 15% (vgl. Abb. 8). Ein überproportionales Wachstum verzeichnen aber auch die Landkreise Regionalverbund Saarbrücken (18,6%), Neunkirchen (17,1%) und Saarpfalz (18,8%) im Saarland, der Donnersbergkreis (29,2%) in Rheinland-Pfalz sowie Wolfsburg (55,4%) und Salzgitter (36,4%), die eine exportorientierte Industriewirtschaft aufweisen und vergleichsweise stark von der Krise nach 2007 getroffen worden waren. Die übrigen Landkreise mit überdurchschnittlichem bis stark überdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum zeichnen sich entweder durch eine vergleichsweise starke Industrieproduktion aus, die zumindest zum Teil auf den Export ausgerichtet ist (westliches Hessen, westliches und südliches Niedersachsen, viele Landkreise in Sachsen, Nordwest- und Südwestbrandenburg), oder sie besitzen ein vergleichsweise ge-

ringes wirtschaftliches Niveau, weshalb bereits geringe absolute Zuwächse einen enormen relativen Wachstumssprung ausmachen.

Obwohl das Wachstum in den wirtschaftsstarken und von einem hohen Anteil an Finanzdienstleistungen geprägten Regionen nach dem überdurchschnittlichen Rückgang zwischen 2007 und 2009 in den Jahren 2009–2011 nicht wieder überproportional stark gestiegen ist, erreichte das Ausmaß der regionalen Disparitäten im BIP pro Kopf im Jahr 2011 erneut das Niveau des Jahres 2007 (Variationskoeffizient von 0,41; eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt 2015d). Ähnlich verhält es sich mit den Disparitäten in der Arbeitslosigkeit auf Ebene der Landkreise und Gemeinden.³

4. Fazit

Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, dass es sich lohnt, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise nicht nur auf nationaler, sondern auch auf regionaler Maßstabsebene zu untersuchen. Nur so wird deutlich, wie unterschiedlich die Voraussetzungen der regionalen Krisenverarbeitung sind.

Es ist ersichtlich geworden, dass der exportorientierte Wachstumspfad der BRD nicht nur europaweit aufgrund des weltwirtschaftlichen Aufschwungs seit 2010 ein «Erfolgsmodell» war, sondern dass dies auch innerhalb der BRD gilt: Regionen, deren wirtschaftliche Entwicklung sich stark auf die exportorientierte (High-Tech-)Industrieproduktion stützt, traf die Krise nach 2007 zwar besonders hart, diese Regionen konnten sich jedoch auch vergleichsweise schnell von der Wirtschaftskrise erholen. Regional traf dies nahezu flächendeckend auf Baden-Württemberg zu, aber auch auf das südliche Saarland. Die exportorientierten, aber stärker durch Finanzdienstleistungen geprägten Regionen um München, Rhein-Main und entlang der Rheinschiene waren ebenfalls stark von der Wirtschaftskrise betroffen. Hier kann davon ausgegangen werden, dass eine merkliche Finanzialisierung die exportgesteuerten regionalen Wirtschaftseinbrüche verstärkte. Anders als in den exportorientierten, weniger durch Finanzdienstleistungen geprägten Regionen ist hier aber das Wirtschaftswachstum nach 2009 im bundesweiten Vergleich unterdurchschnittlich geblieben. Die Dominanz von Finanzdienstleistungen scheint also in diesem Zeitraum der andauernden Turbulenzen im internationalen Finanzsystem (noch) ein Hemmschuh der regionalwirtschaftlichen Entwicklung zu sein. Die große Bedeutung des exportorientierten Industriekapitals (vgl. Becker/Jäger 2009: 548; Becker 2012) in der BRD wurde damit nicht in Frage gestellt und hat für die Krisenbewältigung sogar räumliche Implikationen. Ob dieser Befund auch in Zukunft Bestand hat, bleibt abzuwarten.

Diesen wirtschaftsstarken Räumen stehen ländliche und periphere Regionen in Nord- und Ostdeutschland sowie im Norden und Osten Bayerns, aber auch im Süden von Rheinland-Pfalz und im Westen Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes gegenüber, die von den wirtschaftlichen Krisenprozessen vergleichsweise unberührt blieben. Deren wirtschaftliche Entwicklung stagnierte in den Jahren 2007–2009 und hatte in den darauffolgenden Jahren ein Wachstum zu verzeichnen. Dieses ist im bundesweiten Vergleich unterdurchschnittlich, sodass diese Regionen weiterhin hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleiben. Nach vorübergehenden Angleichungsprozessen zwischen 2007 und

2009, die jedoch statistisch auf den Rückgang der wirtschaftlichen Leistung in den strukturstarken Regionen zurückzuführen waren, haben sich daher die regionalen Disparitäten in der BRD wieder vergrößert.

Insofern fällt die Antwort auf die im Titel des Aufsatzes gestellte Frage nach möglichen Verschiebungen der regionalen Disparitäten im Zuge der jüngsten Wirtschaftskrise ambivalent aus. Zum einen bleibt das bisherige Disparitätenmuster im großen und ganzen bestehen. Das wirtschaftliche Wachstum in den strukturstarken exportorientierten Industrieregionen schreitet nach einem kurzen Einbruch erneut ungehindert voran. Die strukturschwachen ländlichen und peripheren Regionen waren zwar weniger von der weltweiten Wirtschaftskrise betroffen, konnten jedoch ihre Position kurzfristig im Verhältnis zu den strukturstarken Regionen nur aufgrund des Wirtschaftsrückgangs in den letzteren verbessern. Mittlerweile ist jedoch das «alte» Kräfteverhältnis wieder hergestellt und die wirtschaftsschwachen Regionen bleiben erneut hinter der allgemeinen Entwicklung zurück. Insofern ist keine generelle Verschiebung der regionalen Disparitäten im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise nach 2008 zu verzeichnen.

Zum anderen spricht einiges dafür, dass die regionalen Auswirkungen der Wirtschaftskrise durch die größere Bedeutung des Finanzkapitals in der Wirtschaft einer Region verstärkt wurden. Dies konnte zumindest für eine Dimension der Finanzialisierung, die Bedeutungszunahme der Finanzdienstleistungen, nachgewiesen werden. Letztere hat insbesondere die Krisenbetroffenheit der bis dahin wachstumsstarken Regionen um München, Frankfurt und entlang der Rheinschiene akzentuiert. Auffällig ist, dass es eben diese, vormals wachstumsstarken Regionen sind, die nach dem weltweiten Wirtschaftsaufschwung ab 2010 ein im deutschlandweiten Vergleich unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum vorweisen. Seit Ausbruch der Krise hat sich damit die vergleichsweise starke Bedeutung der Finanzdienstleistungen als Hemmschuh der regionalen Entwicklung herausgestellt. Dass diese Diagnose auch in Zukunft Bestand haben wird, ist jedoch aufgrund des weltweiten Bedeutungsgewinns des Finanzkapitals fraglich.

Die Bedeutungszunahme des Finanzkapitals wird aber insbesondere an der zweiten Dimension des Finanzkapitals deutlich, nämlich an der immer engeren Verbindung zwischen dem Finanzkapital und dem Industriekapital. Die regionalwirtschaftlichen Implikationen dieser Diagnose sind bisher unzureichend erforscht. Die Studien von Christoph Scheuplein (2012, 2013) und die hier vorgestellten Ergebnisse für die regionale Bedeutungszunahme von Finanzdienstleistungen machen aber deutlich, dass es für das Verständnis von Regionalentwicklung produktiv sein wird, diese Lücke zukünftig zu schließen.

Ich danke Hans-Dieter von Frieling, Hannah Kleber und Wolfgang Krumbein sowie der Redaktion der *Emanzipation* für die kritische Durchsicht und hilfreichen Hinweise zu früheren Versionen dieses Aufsatzes.

Michael Mießner studierte Geographie, promoviert derzeit am Institut für Humangeographie Frankfurt am Main und lehrt am Geographischen Institut Göttingen. In seiner Dissertation erforscht er die raumordnungspolitischen Krisenreaktionen in der BRD. Sein weiteres

Forschungsinteresse gilt den räumlichen Auswirkungen der jüngsten Wirtschaftskrise und den aktuellen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt.

Anmerkungen

1. Lediglich die Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen, der sonstige Fahrzeugbau, die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, die Dienstleistungen für den Bergbau sowie die Gewinnung von Steinen und Erden konnten Zuwächse erfahren.
2. Der insgesamt höhere Variationskoeffizient weist darauf hin, dass die Disparitäten in der BRD zum Teil sehr kleinräumig sind und bereits auf der Ebene der Landkreise nicht so deutlich hervortreten.
3. Im Jahr 2011 wurde mit 0,49 (Landkreise) und 0,63 (Gemeinden) der Variationskoeffizient von 2007 erreicht (Landkreise) bzw. überschritten (Gemeinden), nicht jedoch das Ausmaß der Disparitäten vom Jahr 2008 von 0,52 auf Ebene der Landkreise bzw. 0,66 auf Ebene der Gemeinden (eigene Berechnungen nach BBSR 2013a, BBSR 2013b).

Literatur

- Ad-hoc-Arbeitskreis «Wirtschaftskrise und Regionalentwicklung» (2010): Regionalpolitik im Lichte der Wirtschafts- und Finanzkrise. Positionspapier aus der ARL. Hannover.
- Becker, J. (2012): Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU. In: Prokla 3: 467–476.
- Becker, J., J. Jäger (2009): Die EU und die große Krise. In: Prokla 4: 541–558.
- Candeias, M. (2009): «This party is so over&». In: M. Candeias, R. Rilling (Hrsg.): Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung. S. 1037.
- Demirovic, A., T. Sablowski (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. In: Prokla 1: 77–106.
- Diez, J.R. (2010): High-Tech-Industrien und die Herausbildung regionaler Innovationssysteme in Deutschland. In: E. Kulke (Hrsg.): Wirtschaftsgeographie Deutschlands. Heidelberg. S. 183–216.
- EUROSTAT (2014): Tabelle [nama_r_e3gdp]. Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu laufenden Marktpreisen nach NUTS-3-Regionen. <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do> (Zugriff am 12. 2. 2015).
- Fuchs, M. (2010): Automobilindustrie. In: E. Kulke (Hrsg.): Wirtschaftsgeographie Deutschlands. Heidelberg, S. 169–181.
- Grotz, R. (2012): Die deutsche Industrie – ein Überblick. In: Geographische Rundschau 7/8: 30–37.
- Hadjimichalis, C. (2011): Uneven geographical development and socio-spatial justice and solidarity: European regions after the 2009 financial crisis. In: European Urban and Regional Studies 3: 254–274.
- Heinrich, M. (2014): Das transnationale Kapital und die Bearbeitung der Krise(n) der Europäischen Union. In: Prokla 2: 237–253.
- Institut der Deutschen Wirtschaft Köln [IDW] (2015): Globale Kräfteverschiebung. Kräfteverschiebung in der Weltwirtschaft. Wo steht die deutsche Industrie in der Globalisierung?
- Kädler, J. (2012): Industrieller Kapitalismus und Finanzmarktrationalität – am Beispiel des Umbruchs in der (traditionellen) deutschen Großchemie. In: Prokla 4: 579–599.
- Klagge, B. (2010): Das deutsche Banken- und Finanzsystem im Spannungsfeld von internationalen Finanzmärkten und regionaler Orientierung. In: E. Kulke (Hrsg.): Wirtschaftsgeographie Deutschlands. Heidelberg. S. 285–302.
- Klagge, B., C. Peter (2011): Changes in the German urban system. A financial-sector perspective. In: Raumforschung und Raumordnung 3: 201–211.
- Kulke, E. (2010): Sektoraler Wandel der Wirtschaft. In: E. Kulke (Hrsg.): Wirtschaftsgeographie Deutschlands. Heidelberg. S. 515.

- Lehndorff, S. (2012): Man spricht deutsch: Eine trügerische Erfolgsgeschichte. In: Prokla 1: 728.
- Liefner, I. (2010): Regionale Disparitäten sowie regionale und kommunale Wirtschaftspolitik. In: E. Kulke (Hrsg.): Wirtschaftsgeographie Deutschlands. Heidelberg. S.17–42.
- Sablowski, T. (2011): Krise und Kontinuität des finanzdominierten Akkumulationsregimes. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 1/2: 50–64.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2010): Chancen für einen stabilen Aufschwung. Jahresgutachten 2010/11. Wiesbaden.
- Scheuplein, C. (2012): An die Wertschöpfungskette gelegt. Die finanzgetriebene Restrukturierung in der deutschen Automobilzulieferindustrie und ihr Scheitern. In: Prokla 1: 49–64.
- Scheuplein, C. (2013): Die angelsächsische Achse. Eine empirische Analyse von *Buyouts* und Standortstrukturen der *Private-Equity*-Firmen in Deutschland. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 4: 201–215.
- Schmidt-Seiwert, V. (2011): Finanz- und Wirtschaftskrise – das Europa der unterschiedlichen Betroffenheiten. In: Informationen zur Raumentwicklung 2: 113–120.
- Schwengler, B., V.Hecht (2011): Regionale Arbeitsmärkte in der Wirtschaftskrise. In: Informationen zur Raumentwicklung 2: 121–133.
- Schwengler, B., V.Loibl (2010): Aufschwung und Krise wirken regional unterschiedlich. Nürnberg.
- Serfati, C. (2012): Die finanz- und rentengetriebene Logik der multinationalen Unternehmen. In: Prokla 4: 531–556.
- Suwala, L. (2010): Regionale Arbeitsmärkte. In: E. Kulke (Hrsg.): Wirtschaftsgeographie Deutschlands. Heidelberg. S.43–70.
- Wood, G. (2011): Die räumlichen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 im Vereinigten Königreich und in der Bundesrepublik Deutschland. In: C. Scheuplein, G. Wood (Hrsg.): Nach der Weltwirtschaftskrise. Neuanfänge in der Region? Berlin, Münster. S.132–155.
- Zeller, C. (2011): Verschiebungen der Krise im globalen Rentierregime. Ungleichgewichte und Suche nach neuen Feldern. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 1/2: 65–83.

Datenquellen

- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung [BBSR] (2013a): Tabelle: Arbeitslosenquote. Regionale Ebene: Kreise und kreisfreie Städte. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): INKAR. Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. Bonn.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung [BBSR] (2013b): Tabelle: Arbeitslosigkeit. Regionale Ebene: Gemeindeverbände. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): INKAR. Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. Bonn.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung [BBSR] (2013c): Tabelle: Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen im Sekundären Sektor. Regionale Ebene: Kreise und kreisfreie Städte. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): INKAR. Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. Bonn.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015a): Tabelle 001-34-4-B. Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden: Umsatz, Auslandsumsatz – Jahressumme – regionale Ebenen.
<https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=A1C08FB840E6CB9048459DEA41EB6C2F?operation=abruftabelleAbrufen&selectionname=001-34-4-B&levelindex=1&levelid=1423752448986&index=10> (Zugriff am 12. 2. 2015).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015b): Tabelle 254-74-4-B. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Beschäftigte am Arbeitsort nach Geschlecht, Nationalität und Wirtschaftszweigen – Stichtag 30. 6. – regionale Ebenen (ab 2008). <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=9957F16AF3B5A809FBA74C466EF6E02E?operation=abruftabelleAbrufen&selectionname=254->

74-4-B&levelindex=0&levelid=1423756921265&index=2 (Zugriff am 12. 2. 2015).

Statistisches Bundesamt (2014): Außenhandel. Außenhandel nach Bundesländern.

Statistisches Bundesamt (2015a): Globalisierungsindikatoren. Kennzahlen zur Außenwirtschaft nach dem VGR-Konzept. Anteil EU-Handel. https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Globalisierungsindikatoren/Tabellen/09_VGR.html (Zugriff am 12. 2. 2015).

Statistisches Bundesamt (2015b): Globalisierungsindikatoren. Kennzahlen zur Außenwirtschaft nach dem VGR-Konzept. Außenbeitrag. https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Globalisierungsindikatoren/Tabellen/04_05_VGR.html.

Statistisches Bundesamt (2015c): Globalisierungsindikatoren. Kennzahlen zur Außenwirtschaft nach dem VGR-Konzept. Exportquote. https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Globalisierungsindikatoren/Tabellen/01_02_03_13_VGR.html (Zugriff am 12. 2. 2015).

Statistisches Bundesamt (2015d): Tabelle 81000-0001. VGR des Bundes – Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt (nominal/preisbereinigt): Deutschland, Jahre. https://www-genesis.destatis.de/genesis/online;jsessionid=7F6D3CA80A39A2283D96A4AA69A1341B.tomcat_GO_2_1?operation=previous&levelindex=3&levelid=1423817492897&step=3 (Zugriff am 29. 5. 2015).

Statistisches Bundesamt (2015e): Verbraucherpreise. Verbraucherpreisindex für Deutschland. Veränderungsraten zum Vorjahr in %. https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Preise/Verbraucherpreisindizes/Tabellen_/VerbraucherpreiseKategorien.html?cms_gtp=145114_list%253D2%2526145110_slot%253D2&https=1 (Zugriff am 13. 2. 2015).

Statistisches Bundesamt (2015f): VGR des Bundes – Produktivität, Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter, Lohnstückkosten: Deutschland, Jahre, Wirtschaftsbereiche. Tabelle 81000-0017. https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data;jsessionid=2E1098F6319FC5941FE20CAF818EA695.tomcat_GO_2_2?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1423740664661&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=wertabruf&selectionname=81000-0017&auswahltext=%23SWZ08G2-WZ08-B-18&wertabruf=Werteabruf (Zugriff am 12. 2. 2015).

Statistisches Bundesamt (2015f): VGR des Bundes – Produktivität, Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter, Lohnstückkosten: Deutschland, Jahre, Wirtschaftsbereiche. Tabelle 81000-0017. https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data;jsessionid=2E1098F6319FC5941FE20CAF818EA695.tomcat_GO_2_2?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1423740664661&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=wertabruf&selectionname=81000-0017&auswahltext=%23SWZ08G2-WZ08-B-18&wertabruf=Werteabruf (Zugriff am 12. 2. 2015).

Statistisches Bundesamt; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung [WZB] (2013): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.